



Manfred Kolbe

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Finanzausschusses
Wahlkreis 152 Nordsachsen

Manfred Kolbe, MdB · Platz der Republik 1 · 11011Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus
(nördlich vom Reichstag)
Raum 6.334
☎ 030 / 227 – 73 480
☎ 030 / 227 – 76 664
✉ manfred.kolbe@bundestag.de
www.manfred-kolbe.de

Lindenstraße 10
04683 Naunhof
☎ 034293 / 47689
☎ 034293 / 47690
✉ manfred.kolbe@wk.bundestag.de

Bericht über die Teilnahme am Forum „Deutsch-Französische Diskussion zur Geldpolitik“ vom 16. November 2011 in der Französischen Nationalversammlung/Paris

Am Mittwochmorgen, des 16. November 2011 machte ich mich auf den Weg nach Paris um in Vertretung des Bundestagsabgeordneten Manfred Kolbe (CDU) am Forum „Deutsch-Französische Diskussion zur Geldpolitik“ in der *Französischen Nationalversammlung* teilzunehmen. Dieses wurde dankenswerter Weise von *Europolis* um *Prof. Dr. Markus C. Kerber* in Zusammenarbeit mit dem *Institut Turgot* organisiert und geleitet. Nach den bereits seit Monaten laufenden Diskussion zur Stabilisierung der Haushalte von Euro-Mitgliedsstaaten war es wichtig zu verdeutlichen, dass Deutschland und Frankreich sich eng bei der Problemlösung austauschen und versuchen wollten, sich auf eine gemeinsame Lösungsstrategie zur Bekämpfung von Staatsschulden heute und künftig zu verständigen. Insbesondere in der letzten Zeit kam es aus meiner Sicht sehr oft zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden größten Volkswirtschaften in Europa. Die deutsche Seite spricht sich eher für mehr Eigenverantwortung und keine gemeinsame europäische Haftung für Staatsschulden, während unser Nachbarland mehr eine gegenteilige Position einnimmt. Eine Absprache der Parlamentarier zur Schaffung einer gemeinsamen Gesprächsbasis und das Herausarbeiten der Möglichkeiten zur gemeinsamen Reformierung von Haushalts- und Wirtschaftsstrukturen, sowie in Deutschland in den letzten zehn Jahren geschehen, waren dabei das Ziel der Veranstalter.

In ihren Vorträgen skizzierten die Abgeordneten *Thomas Silberhorn* (CSU) und *Alexander Funk* (CDU) die Reformbemühungen der letzten Jahre in Deutschland, in dessen Ergebnis sich die Lohnkosten in Deutschland sehr moderat entwickelten, das Land somit

Wahlkreisbüros:

04509 Delitzsch, Schulstraße 11, Tel.: 034202/347388,
04838 Eilenburg, Leipziger Straße 25, Tel.: 03423/602359,
04860 Torgau, Rosa-Luxemburg-Platz 2, Tel.: 03421/701736,
04758 Oschatz, Brauhausgasse 4, Tel.: 03435/920296,
E-Mail: manfred.kolbe@wk.bundestag.de

wettbewerbsfähig wurde und im Ergebnis sehr konstant Handelsüberschüsse erzielen konnte. Damit wurden die Einnahmen verstetigt und auch die Sozialkosten konnten im Rahmen dieser sog. *HARTZ-Reformen* auf einem stabilen Niveau gehalten werden. Dies hat dafür gesorgt, dass der Lebensstandard im Land nicht sprunghaft gestiegen ist, wie bspw. in den südlichen Ländern – Griechenland, Spanien, Frankreich, sondern mitunter es sogar zu einer negativen Reallohnentwicklung führte. Dennoch waren diese Reformen wichtig, dass sie Stabilität in die Volkswirtschaft und im Ergebnis auch stabile Einnahmen brachten. Das Vertrauen der Märkte ist vorhanden und spiegelt sich durch ein niedriges Zinsniveau wieder.

Im Gegenzug stellte der Abg. *Jaques Myard* (UMP) fest, dass der „Euro tot sei“ und Frankreich lieber „alle zehn Jahre abwerten“ möchte, anstatt sich unter dem Druck der gemeinsamen Währung einen Reformdiktat zu unterwerfen. „Sicherlich müssen Strukturreformen vorgenommen werden, doch dürfe dieses nicht zu einer Senkung des Lebensstandards in Frankreich führen.“ Hierzu ist es wichtig, dass es zu einer Transferunion oder dem Austritt aus dem Euro kommt. Nur so kann das Land wieder Handelsbilanzüberschüsse erzielen und den Haushalt gesunden, da mit dem Instrument der Abwertung bzw. von gemeinsamen europäischen, niedrigeren Kreditzinsen die Belastung für den Schuldendienst geringer wird. In ähnlicher Weise äußerten sich auch andere französische Vertreter. Die Stabilitätskriterien scheinen zwar wichtig, aber es dürfe auch nicht zu einem „kaputt sparen“ kommen.

Im Ergebnis dieser Konferenz war ich doch etwas überrascht, wie sehr die Positionen Frankreichs und Deutschlands auf dem Weg zur Bewältigung der Euro-Staatsschuldenkrise und der künftigen Euro-Politik auseinander gehen. Hier müsste künftig noch mehr engagierter auf regelmäßigen einen Sachaustausch der Abgeordnetenebene gedrungen werden. Aus deutscher Sicht könnten wir die Vorteile von dauerhafter, struktureller Wettbewerbsfähigkeit und einem stabilen Haushalt zum Vorteil einer gemeinsamen Währung aufzeigen. Solange es keinen gemeinsamen Weg gibt, wird eine gemeinsame Währung die nächsten zehn Jahre wahrscheinlich keinen Bestand haben, so mein leider etwas ernüchterndes Fazit dieser Reise nach Paris.

Berlin, den 18. November 2011

gez. Marian Wendt

Wiss. Mitarbeiter / Büroleiter